Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleitg. u. Geschäftsstelle Dresden-A. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Ruf 14574 u. 21295.
Postscheck-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., 66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. V. Dr. Fritz Klauber in Dresden.

Nr. 61 | Dresden, Sonnabend, 12. März | 1932

Polnische Bedrohung der wirtschaftlichen Selbständigkeit Danzigs.

Danzig, 12 März.

Die polnische Regierung hat beim Hohen Kommissar einen Antrag gestellt, der bezweckt, die Abschnitte 1, 3 und 4 des Teiles 7 des deutsch-polnischen Abkommens vom 24. Oktober 1921 außer Kraft zu setzen und die Danziger Sonderkontingente und die übrigen Rechte, die Danzig bisher noch beim Erlaß polnischer Ein- und Ausfuhrbeschränkungen hatte, zu beseitigen.

Wenn ein solcher Antrag Erfolg haben würde, so wäre Danzig auf wirtschaftlichem Gebiet vollständig von polnischen Gesetzen und polnischen behördlichen Anordnungen abhängig. Damit wäre es mit dem letzten Rest der Danziger wirtschaftlichen Selbständigkeit vorbei und das Gegenteil von dem erreicht, was im Versailler Vertrag bei der Gründung des Freistaates Danzig beabsichtigt war.

Der Senat hat versucht, auf dem Wege der Verhandlungen mit Polen auf wirtschaftlichem Gebiet zu einer Einigung zu kommen. Nachdem diese Bemühungen erfolglos geblieben sind und Polen nunmehr den Klageweg beschritten hat, wird der Senat seinerseits die Anträge zur Abänderung des Warschauer Abkommens stellen, die vom Standpunkte Danzigs für die Erhaltung der Danziger Wirtschaft und des Danziger Eigenlebens gefordert werden müssen.

Polen begehrt in einem zweiten Antrag, daß die gesamte Organisation und Verwaltung des Danziger Zolldienstes Polen überantwortet wird und daß die Danziger Zollbeamten, soweit sie überhaupt von Polen zum Zolldienst zugelassen werden, vor der polnischen Behörde den Diensteid ablegen.

Diese Forderungen Polens bedeuten in ihrer Wirkung die Vernichtung der Danziger Wirtschaft. Die Ansprüche Polens können nicht erfüllt werden. Ohne die Zustimmung Danzigs können die Bestimmungen des Pariser Vertrages und des Warschauer Abkommens praktisch nicht abgeändert werden. Bis zu dem Zeitpunkt eines gegenseitigen Einvernehmens über eine Abänderung dieser Bestimmungen bleiben die bisher geltenden Bestimmungen in Kraft. Die Forderungen Polens entbehren jeder rechtlichen Grundlage, da sie gegen die grundlegenden Bestimmungen der Verträge von Versailles, Paris und Warschau verstoßen. Der Senat der Freien Stadt hat bereits alle Schritte vorbereitet, um dem polnischen Angriff zu begegnen.

Ultimatum Simmats an die Memeler Mehrheitsparteien.

Memel, 11. März.

Die Mehrheitsparteien haben zu morgen vormittag 11 Uhr die Fraktionen zusammenberufen, um zu der durch die Ernennung von Tolischus zum Landesdirektor geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Dieses wurde auch Simmat und dem Gouverneur mitgeteilt und beide nahmen diese Mitteilung ohne Widerspruch entgegen. Nunmehr hat Simmat den Führern der Mehrheitsparteien ein Ultimatum gestellt und Entscheidung der Partei bis Sonnabend vormittag 9 Uhr, also 2 Stunden vor Zusammentritt der Fraktion, verlangt, obwohl er genau weiß, daß die auswärtigen Abgeordneten um diese Zeit noch nicht in Memel sein können.

Die „Elta" bestätigt die Nachrichten, daß Präsident Simmat die Mehrheitsparteien ultimativ aufgefordert habe, bis Sonnabend 9 Uhr vormittag drei Personen als Landesdirektoren für das neue Direktorium vorzuschlagen, andererseits er ohne weitere Verhandlungen die drei Landesdirektoren aus Personen seines Vertrauens ernennen werde.

Die „Elta"-Meldung versucht, den Mehrheitsparteien die Schuld an einem etwaigen Scheitern der Bildung eines Direktoriums beizumessen. Wie aus Kreisen der Mehrheitsparteien verlautet, hat man dort den festen Eindruck, daß Simmat ein dem Memelstatut entsprechendes parlamentarisches Direktorium nicht zu bilden gewillt ist.

Annahme der Ostasien-Entschließung durch den Völkerbund.

Genf, 11. März.

Der Hauptausschuß der Völkerbundsversammlung ist heute nachmittag zusammengetreten, um über den Entschließungsentwurf zu dem chinesisch-japanischen Konflikt Beschluß zu fassen. Der japanische Delegierte, Botschafter Sato, teilte mit, daß Japan der Entschließung nicht zustimmen könne. Um jedoch die einstimmige Annahme möglich zu machen, werde er sich der Stimme enthalten. Der Ausschuß nahm hierauf mit den Stimmen aller übrigen Delegationen die Entschließung an.

Die Völkerbundsversammlung, die nach der Sitzung des Hauptausschusses zusammentrat, hat die Entschließung über den chinesisch-japanischen Konflikt mit 45 Stimmen bei zwei Enthaltungen, nämlich des Chinesen und des Japaners, angenommen.

Die Versammlung nahm hierauf die Wahl der sechs Staaten vor, deren Vertreter zusammen mit dem Präsidenten der Versammlung und den zwölf neutralen Ratsmitgliedern den in der Entschließung vorgesehenen Zwischenausschuß bilden, der die Entwicklung der Lage zu verfolgen und gegebenenfalls weitere Maßnahmen vorzubereiten hat.

Fortsetzung der Fleischverbilligung.

Berlin, 11. März.

Zur Fortführung der Fleischverbilligung für Arbeitslose und andere Hilfsbedürftige und zugleich als Weiterführung der Hilfsaktion für die Landwirtschaft hat die Reichsregierung weitere Mittel zur Verfügung gestellt. Es wird ein weiterer Bezugsschein mit drei Wochenabschnitten ausgegeben und damit die Durchführung der Maßnahme zunächst bis Ende April dieses Jahres gesichert.

Der Bezug von frischem Rind- oder Schweinefleisch zu einem Preise, der 30 Rpf. unter dem Tagespreis liegt, ist damit weiterhin gesichert für den Kreis der bisherigen Bezieher. Die Geltungsdauer der noch zur Ausgabe gelangenden Abschnitte ist so bemessen, daß in der Osterwoche zwei Abschnitte des Bezugsscheines verwendet werden können. Die Ausgabestellen der Fleischbezugsscheine sowie die Fleischverkaufsstellen bleiben die gleichen wie bisher.

Das Reparationsproblem vor der Internationalen Handelskammer.

Paris, 11. März.

Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer hat in seiner heutigen Sitzung auf Vorschlag von Duchemin (Paris) und Sir Arthur Balfour (London) Franz v. Mendelssohn zum Ehrenpräsidenten und Abraham Frowein, Vorsitzenden der deutschen Gruppe, zum Präsidenten der Kammer ernannt. Die Vorschläge wurden einstimmig ratifiziert.

Im Anschluß an die Wahl erstattete Frowein in seiner Eigenschaft als Präsident ein Referat über die allgemeine Wirtschaftslage. Er erklärte u. a.: Mit Ihnen allen stimme ich sicherlich überein, wenn ich auf das entschiedenste alle die Angriffe zurückweise, die die Krisis der letzten Jahre einzig und allein unserem Wirtschaftssystem, dem sogenannten kapitalistischen System der Gütererzeugung und -verteilung zuschreiben. Mit Ihnen halte ich auch heute noch dieses individualistische System der Gütererzeugung und Verteilung für das beste. Im Anschluß daran gab Präsident Frowein eine kurze Darstellung der gewaltigen Aufwärtsbewegung, die die Welt in den hundert Jahren vor 1914 genommen hat und die nur dem individualistischen System der Gütererzeugung und -verteilung verdankt werde. Im Anschluß daran behandelte der Redner die Verwüstungen, die der Weltkrieg hinterließ.

Es ist nach meiner Überzeugung, so fuhr er fort, nicht Schuld unserer Wirtschaftsform, wenn es nicht gelungen ist, nach dem Kriege das richtige Funktionieren der so schwer erschütterten Weltwirtschaft wiederherzustellen. Es ist auch nicht Schuld der unter dieser Wirtschaftsform lebenden Menschen, es ist, lassen Sie es mich offen aussprechen, ein Versagen der Regierungen. — Diese These wurde dann im einzelnen begründet. Der Redner beschäftigte sich dann mit der Schrumpfung der Gütererzeugung, für die er einzelne erschreckende Ziffern gab. Er erwähnte auch den Vorwurf, daß die Nationalisierung der Produktion eine der Hauptursachen der schweren Krise sei, eine Auffassung, die er selbst nicht teilen könne: „denn jede Vergrößerung der Produktion muß letzten Endes auch dazu führen, daß der Anteil des einzelnen an dieser Gesamtproduktion erhöht wird". Anschließend daran wandte sich der Präsident Frowein dem Problem der zwischenstaatlichen Schulden zu. Man müsse die Frage aufwerfen, ob in einer so gestörten Welt die Begleichung von Schulden noch möglich sei, denen ökonomische Gegenwerte überhaupt nicht mehr gegenüberstehen. Zu diesen Schulden gehörten ganz gleichmäßig interalliierte Schulden wie Reparationen, zwischen denen ein wirtschaftlicher Unterschied nicht bestehe. Er erinnerte dann an die Erklärung der internationalen Handelskammer aus dem Jahre 1923.

In der heutigen Wirtschaft, so betonte der Redner, seien Transferierungen von Kriegsschulden und Reparationen unmöglich, nicht nur deshalb, weil der Schuldner nicht zahlen, sondern auch deshalb, weil der Gläubiger in der einzigen Form, in der dies möglich wäre, nämlich durch die Annahme von Waren, nicht annehmen kann. Die Erledigung dieser Fragen lasse sich nicht länger aufschieben. Aber, so fuhr Präsident Frowein fort, selbst mit der völligen Beseitigung der Kriegsschulden und Reparationen sei noch lange nicht alles das geschehen, was geschehen müsse, um die Welt aus der jetzigen Krisis herauszuführen.

Frowein verwies nunmehr auf die Notwendigkeit einer Abrüstung, die zusammen mit der endgültigen Regelung der zwischenstaatlichen Schulden, der Bildung großer, nicht durch Zollinien getrennter Wirtschaftsgebiete, der Rückkehr zu den Grundlagen der individualistischen Form der Gütererzeugung und Güterverteilung, seiner Ansicht nach die Wahl schnell wieder zurückführen werde zu dem Wohlstand, wie er vor dem Kriege bestand.

Der amerikanische Delegierte Strawn gab im Namen des amerikanischen Nationalkomitees der internationalen Handelskammer folgende Erklärung ab: „Das amerikanische Volk hat das gleiche Interesse wie die übrigen Nationen an der Wiederherstellung der Industrie und des Handels in der Welt. Deshalb ist das amerikanische Nationalkomitee davon überzeugt, daß wenn die europäischen Regierungen sich untereinander über eine praktische Regelung der Reparationen und der übrigen Geldprobleme verständigen können, das amerikanische Volk demgegenüber nicht gleichgültig bleibe und daß man es durchaus, wie in der Vergangenheit, bereit finden wird, die gegenwärtige Lage zur Neuregelung des gesamten Schuldenproblems ernstlich in Erwägung zu ziehen."

In einer Entschließung, die der Verwaltungsrat der internationalen Handelskammer angenommen hat, wird auf die Gefahren des Kontingentierungs- und Devisenkontrollregims hingewiesen und an die öffentliche Meinung appelliert, diese Maßnahmen so schnell wie möglich wieder rückgängig zu machen.

Keine Gehaltskürzung im Reich und in Preußen beabsichtigt.

Berlin, 11. März

Laut Amtlichem Preußischem Pressedienst hat Ministerpräsident Dr. Braun der nationalsozialistischen „Nationalzeitung" in Essen eine amtliche Entgegnung zugestellt, in der es heißt: „Ich erkläre hiermit ausdrücklich noch einmal, daß die preußische Staatsregierung nicht an eine neue Gehaltssenkung für die preußischen Beamten denkt. Darüber hinaus bin ich von der Reichsregierung ermächtigt, gleichfalls zu erklären, daß auch diese keine neue Beamtengehaltskürzung beabsichtigt."

Auch Preußenwahlen schon am 17. April.

Berlin, 11. März.

Der ständige Ausschuß des Preußischen Landtags tritt am kommenden Montag zusammen, um über den Zeitpunkt der Neuwahl des Preußischen Landtags zu beraten. Vom preußischen Staatsministerium ist eine Verordnung vorgelegt worden, wonach die Wahl zum Landtag am 17. April stattfinden soll. Der Präsident des Landtags ist von der preußischen Regierung ersucht worden, dahin zu wirken, daß der ständige Ausschuß sich spätestens am 14. März mit der Angelegenheit befaßt, da sonst die Wahl zum 17. April nicht rechtzeitig vorbereitet werden könne.

Die Volks- und Hilfsschule im Schuljahr 1930/31.

Von Ministerialrat Dr. Weinhold.

IV

Lehrer.

Zum Gesundheitszustand der Lehrer äußern sich 28 Berichterstatter. Gegenüber ungünstigen Verhältnissen im Vorjahre ist in 5 Fällen eine kaum merkliche Besserung eingetreten. In 12 Berichten wird der Gesundheitszustand als nicht gebessert, ungünstig nicht befriedigend, ganz unbefriedigend, in 5 Fällen als noch befriedigend und nur viermal als gut bezeichnet.

Wo neben der Gesamtleistung der Schule die Amtsführung der Lehrer noch besonders beurteilt wird, findet man die Aufsichtsbezirke, von Einzelfällen abgesehen, befriedigende und gute anerkennende Zeugnisse ausgesprochen.

Das Streben der Lehrerschaft nach Weiterbildung wird wiederum gern anerkannt. Infolge der Geldknappheit haben sich zwar diese und jene Einschränkungen gegenüber dem Vorjahr ergeben müssen und dennoch ist es möglich gewesen, in den meisten Aufsichtsbezirken noch 1, 2, 3 oder 4 Fortbildungslehrgänge zu veranstalten, die sich eines regen Zuspruchs erfreuten. Sie erstreckten sich auf die Förderung der Leibesübungen, des Werkunterrichts, des Gartenbaues, des Zeichnens, der Naturkunde, der Gesundheitspflege, der Naturlehre, der Geschichte und Staatsbürgerkunde, des Schreibens, der Sprecherziehung, der Stimmbildung, des Lichtbildgebrauches. Fragen der allgemeinen Pädagogik, der Psychologie, der Jugendkunde, insbesondere der Schwererziehbarkeit wurden außerdem behandelt.

In den Jahreshauptversammlungen der Lehrer, die nur in 5 Aufsichtsbezirken ausgefallen sind, ist ebenfalls eine vielseitige schulpraktische Arbeit geleistet worden. Man hat Stellung genommen zu den weiteren Reformbestrebungen innerhalb der Unterrichtszeit, hat zeitgemäße Fragen der Oberstufe der Volksschule untersucht, hat die Frage des Bildungs- oder Lehrplanes geprüft. Es ist zu den einzelnen Lehr- und Übungsgebieten gesprochen worden, zur deutschen Sprache mit der Sprachpflege, der Mundart, ihrer Literatur, von der Schreibweise. Wiederholt ist die Einheitlichkeit der Schrift besprochen worden. Musikerziehung und Gesangsunterricht sind mehrfach theoretisch behandelt und praktisch vorgeführt worden. Die Heimatkunde und die Beziehung der Heimat zu allen Lehr- und Übungsgebieten sind aufgetreten. Über neue Arbeitsformen im erdkundlichen Unterricht, über Geschichtsunterricht, seine Lehrpläne, das Volkstum in ihm, über die Staatsbürgerkunde, die Naturkunde, über Fragen der Schulgesundheitspflege, die Ausnutzung des Lichtbildes ist wiederholt gesprochen worden. Werkunterricht, Schulgärten, Leibesübungen sind auch hier Gegenstand der Behandlung gewesen. Nach einem Bericht sind die Unterrichtspraktiken eines Aufsichtsbezirks beispielgebend vorgeführt worden. Die Schulgesetzgebung, Elternabende und die Zensurerteilung haben ebenfalls auf der Tagesordnung dieser Versammlung gestanden.

Die Junglehrerarbeitsgemeinschaften sind infolge schwacher Zugänge in den letzten Jahren in ihrer Zahl innerhalb der einzelnen Aufsichtsbezirke zurückgegangen. Häufig werden an Stelle der früheren 5, 6 und 7 Abteilungen nur noch 3 gemeldet. Mehrfach ist auch nur noch eine Gruppe vorhanden. In der bisher üblichen Form sind vorschriftsmäßig 7 bis 8 Versammlungen abgehalten worden.

Ein Bericht hebt hervor, daß noch nicht allenthalben die Bedeutung der einzelnen Lehrerversammlungen erkannt worden ist. Aus dem Umfang, in dem die Jahresberichte darauf eingehen, aus der Zahl der Lehrerversammlungen, die, soweit berichtet wird, zwischen 1 oder 2 und 15 bis 19 liegt, kann man zu dem gleichen Schluß kommen. Es ist nur erwünscht, daß in Zukunft mehr als bisher von anerkennenswerter eifriger Mitarbeit in den gezogenen Grenzen berichtet werden kann.

Auf die Mitarbeit der Junglehrerarbeitsgemeinschaften in den Bezirkslehrerräten und Bezirkslehrerausschüssen gehen auch Berichte ein. In ländlichen Aufsichtsbezirken haben die Bezirkslehrerräte 2 bis 9 Sitzungen, in großstädtischen 15 bis 17 Sitzungen gehabt. Die Bezirkslehrerausschüsse haben dort, wo sie zugleich die örtliche Schulberatung übernommen haben, 21- bis 34mal getagt, während sie in den übrigen Aufsichtsbezirken nur 1- bis 4mal einberufen werden mußten.

Das weite Feld der Unterrichtsverteilung und der Schulverwaltung kehrt in ihren Tagesordnungen wieder. Sie besprechen die Aufteilung des religiösen Memorierstoffes, Richtlinien für den Schreibunterricht, den Elementarunterricht, das Zeichnen, das Heimatbuch im Unterricht, den Werkunterricht, Schulgartenarbeit, das Maschinenschreiben im 9. und 10 Schuljahr, die grundsätzliche Behandlung der Pausen, die in der Schule zu führenden Listen, allgemeine Lehrplanfragen, die Neueinführung von Lehr- und Lernmitteln, die Frage von Bezirkslehrerbüchereien, Bezirkslehrgänge, Arbeitsgemeinschaften für die Junglehrer, Jahreshauptversamm-